

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung

31. Sitzung am 13.02.2020
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:03 Uhr

Ende der Sitzung: 14:27 Uhr

Tagesordnung:

1. Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/6085 –
2. Mehr Frauen an die Spitze!: 11. Runde des Mentoring-Programms für weibliche Nachwuchsführungskräfte
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Vorlage 17/6088 –
3. Verschiedenes

Ergebnis:

Erledigt
(S. 2 –3)

Erledigt
(S. 4 – 5)

Information
(S. 6)

Stellv. Vors. Abg. Ellen Demuth eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– Vorlage 17/6085 –

Abg. Jacqueline Rauschkolb bittet, über das als wichtig angesehene Projekt, bei im vergangenen Jahr weitere Nutzungsmöglichkeiten geschaffen worden seien, zu berichten. Für Frauen bestehe somit nach einer Vergewaltigung vermehrt die Möglichkeit, sich an eine Klinik zu wenden, um Spuren sichern zu lassen, ohne direkt den Klageweg einschreiten zu müssen. Diese Möglichkeit bestehe auch noch zu einem späteren Zeitpunkt.

Staatsministerin Anne Spiegel berichtet, die medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung habe dank der intensiven und guten Vorarbeit der Frauennotrufe Mainz und Worms im Februar 2018 offiziell gestartet werden können.

Frauen und Mädchen, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden seien, benötigten umgehend eine umfassende medizinische und psychosoziale Betreuung sowie auf Wunsch das Angebot einer vertraulichen Spurensicherung. Dieses bedarfsgerechte und umfassende Konzept werde betroffenen Frauen von der Gynäkologie der Universitätsklinik Mainz und des Klinikums Worms angeboten.

Positiv könne festgestellt werden, dass sich die Mühen aller Beteiligten gelohnt hätten. Schon im ersten Jahr 2018 hätten rund 20 Frauen das Angebot der medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung in Anspruch genommen. Die Hälfte von ihnen habe auch das Angebot der vertraulichen Spurensicherung genutzt.

Im zweiten Projektjahr sei ein deutlicher Anstieg festzustellen gewesen. 2019 hätten sich 30 Frauen im Rahmen des Projektes medizinisch versorgen lassen. Am Standort Worms hätten acht und am Standort Mainz 22 Frauen das Angebot in Anspruch genommen. In Mainz hätten sich zehn Frauen ausschließlich medizinisch versorgen lassen und weitere zwölf die vertrauliche Spurensicherung genutzt. Allein an diesen beiden Standorten seien seit Projektbeginn insgesamt 50 Frauen nach Vergewaltigung vertraulich medizinisch und auf Wunsch auch rechtsmedizinisch versorgt und betreut worden.

Darüber hinaus hätten die Frauennotrufe Anrufe von mehreren Frauen erhalten, deren Vergewaltigungen schon länger zurück lägen. Aber durch die gute Öffentlichkeitsarbeit der Frauennotrufe seien diese Frauen später ermutigt worden, Gesundheitsfragen, zum Beispiel nach sexuell übertragbaren Krankheiten abklären und sich bei der Traumabewältigung unterstützen zu lassen. Festgestellt werden könne, dass die geleistete Öffentlichkeitsarbeit Wirkung zeige.

Die Grundaussage des Projekts, kein Grund sich zu schämen, sondern sich helfen zu lassen, stehe im Mittelpunkt. Diese Hilfe solle in Rheinland-Pfalz jede Frau bekommen, egal ob sie den Täter anzeigen wolle oder nicht.

Als nächstes gehe sie auf die Frage nach weiteren Standorten ein. Die Erfahrungen zeigten, dass sich Frauen und Mädchen, die sexuelle Übergriffe erlebt hätten, nur selten jemandem anvertrauten oder Hilfe in Anspruch nähmen. Das Erleben sexueller Gewalt sei in der Regel stark mit Scham besetzt, was es Betroffenen sehr schwer mache, sich mitzuteilen. Viele hätten zudem Angst, dass die sexuellen Übergriffe ohne ihr Einverständnis polizeiliche Ermittlungen nach sich zögen, wenn die Tat bekannt werde.

Das Angebot der medizinischen Versorgung und anonymen Spurensicherung nehme dem Opfer den Entscheidungsdruck unmittelbar nach dem traumatischen Erlebnis. Die Betroffene gewinne die notwendige Zeit, sich zu entscheiden, ohne dass die Spuren durch körperliche Heilungs- oder Abbauprozesse verloren gingen. Wichtig sei dafür ein zeitnaher und möglichst wohnortnaher Zugang zu dem Angebot; wohnortnah, damit zusätzliche Hürden durch weite Anfahrtswege vermieden würden, zeitnah, damit die

körperlichen Spuren des Tathergangs, die durch Heilungsprozesse innerhalb kurzer Zeit verloren gingen, rechtzeitig gesichert werden könnten.

Es sei daher erklärtes Ziel, ein möglichst flächendeckendes Angebot in Rheinland-Pfalz sicherzustellen. Deshalb habe man von Anfang an die schrittweise Ausweitung des Modellprojekts auf weitere Standorte im Blick. Begrüßt werde, dass am 17. Januar 2020 der Frauennotruf Trier zusammen mit dem Klinikum der Borromäerinnen in Trier in das Projekt eingestiegen seien. Im April stehe der Projektstart des Frauennotrufs Koblenz in Zusammenarbeit mit der Klinik Kemperhof an. Sie gehe davon aus, dass darüber hinaus weitere Standorte folgen würden. Nur durch eine flächendeckende Ausweitung könne man allen betroffenen Frauen die Unterstützung bieten, die sie in dieser Situation benötigten und die sie ohne Angst und Scham annehmen könnten.

Zu der Zukunftsperspektive des Projektes könne Folgendes gesagt werden: Auch viele andere Bundesländer hätten sich der Thematik angenommen. Das zeige, dass hier eine grundsätzliche Versorgungslücke für vergewaltigte Frauen und Mädchen bestehe, die es zu schließen gelte. Auch die Istanbul-Konvention mahne dieses an.

In anderen Bundesländern gebe es Konzepte, die ausschließlich auf die vertrauliche Spurensicherung fokussiert seien. Aus der langjährigen Erfahrung der Frauennotrufe bestehe die Kenntnis, dass es betroffenen Frauen unmittelbar nach dem traumatischen Erlebnis häufig in erster Linie darum gehe, dass sie medizinisch umfassend versorgt würden und sobald wie möglich zur Ruhe kommen könnten. Deshalb habe man sich in Rheinland-Pfalz am landesweiten Runden Tisch des rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen RIGG für ein Konzept entschieden, bei dem die qualifizierte und umfassende medizinische Versorgung im Vordergrund stehe. Dieses Konzept sei vom Frauennotruf Frankfurt entwickelt worden und werde beispielsweise in Hessen und Baden-Württemberg angewendet und ausgebaut.

Sarah Rahe (Referatsleiterin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz) führt fort, die vertrauliche Spurensicherung sei ein zentraler Bestandteil des Projekts und sehr wichtig. Sexualstrafverfahren seien äußerst belastend für die Opfer. Wenn sich die Betroffene später doch noch zu einer polizeilichen Anzeige entscheide, könnten die gesicherten Spuren von entscheidender Bedeutung im Strafverfahren sein. Deshalb sei das Angebot einer qualifizierten, vertraulichen und gerichtsfesten Spurensicherung im Konzept neben der medizinischen Versorgung der zweite zentrale Baustein. Das Konzept der medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung leiste beides, es berücksichtige den medizinischen Bedarf der betroffenen Frauen und ermögliche ihnen zugleich, sich für ein mögliches Strafverfahren so gut wie möglich abzusichern. Beides werde ihnen aus einer Hand und ohne jeden Druck zur Erstattung einer polizeilichen Anzeige ermöglicht. Dieses umfassende Angebot sei beispielgebend. Die Ministerin sei überzeugt, dass es in Zukunft von weiteren Bundesländern aufgegriffen werde.

Bei der Finanzierung der Spurensicherung zeigten sich neue Entwicklungen ab. Mittlerweile habe der Bundestag Regelungen zur vertraulichen Spurensicherung in das Gesetz aufgenommen und die Möglichkeiten der Kostenerstattung erweitert. So erhielten auch Versicherte, die Opfer einer Vergewaltigung geworden seien, einen Anspruch auf Kostenübernahme durch die Krankenkasse für eine vertrauliche medizinische Spurensicherung am Körper. Das Abrechnungsverfahren solle so gestaltet werden, dass die Anonymität der Versicherten gewährleistet bleibe. Daher dürfe in den Abrechnungen zu den Unterlagen kein konkreter Bezug zu der versicherten Person hergestellt werden.

Grundsätzlich begrüße es die Ministerin sehr, dass der Bund bei diesem wichtigen Thema aktiv werde; aber dies hätte schon viel früher geschehen können. Wie sich die Ausgestaltung in den Ländern genau darstelle, sei noch nicht klar. Das Gesetz sehe vor, dass die Krankenkassen auf Antrag der Länder Verträge mit einer hinreichenden Zahl von geeigneten Einrichtungen abschließen, die die vertrauliche Spurensicherung vornähmen. Hierzu werde es auf Fachebene sowohl mit dem Gesundheitsministerium in Rheinland-Pfalz als auch mit anderen Ländern ein Gespräch geben

Staatsministerin Anne Spiegel sagt auf Bitte von **stellv. Vors. Abg. Ellen Demuth** zu, ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Mehr Frauen an die Spitze: 11. Runde des Mentoring-Programms für weibliche Nachwuchsführungskräfte

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 17/6088 –

Dr. Heike Jung (Abteilungsleiterin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz) berichtet, das Programm „Mehr Frauen an die Spitze“ sei ein Mentoring-Programm für weibliche Führungskräfte, das seit mehr als zehn Jahren sehr erfolgreich in der Landesverwaltung durchgeführt werde und stelle ein gutes Beispiel von erfolgreicher Frauenpolitik dar.

Der Erfolg des Programms zeige sich in der Verbleibstudie mit Daten von 2010 bis 2017, den Jahrgängen von 2010/2011 bis 2016/2017 der Programmteilnehmerinnen der ersten bis achten Programmrunde, der im Ausschuss in den letzten Jahren vorgestellt worden sei.

Mit Blick auf das übergeordnete Ziel, den Anteil der weiblichen Führungskräfte in der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz zu erhöhen, habe sich gezeigt, bei den Teilnehmerinnen habe sich eine berufliche Veränderung ergeben. 38 % der Teilnehmerinnen hätten angegeben, eine höhere Führungsfunktion als zuvor inne zu haben. Weitere 16 % hätten erstmals eine Führungsfunktion übernommen.

Stolz sei man darauf, dass das Programm „Mehr Frauen an die Spitze“ auch außerhalb von Rheinland-Pfalz als bundesweites Best-Practice-Modell wahrgenommen werde. Beispielsweise hätten das Bundesverteidigungsministerium und der Bundesnachrichtendienst sich bei der Entwicklung ihres Mentoring-Programms an der rheinland-pfälzischen Konzeption orientiert. Zurzeit befinde man sich in der Abschlussbefragung der 10. Runde des Programms und in der Vorbereitung der 11. Runde.

Im Januar habe das Matching für die Tandems für die 11. Programmrunde stattgefunden. Insgesamt gebe es 24 Tandems. Drei Mentees hätten sich im Vorfeld selbst eine Mentorin gesucht, sodass 21 Mentees gematcht worden seien.

Das Mentoring-Programm passe sich flexibel an neue Gegebenheiten an und sei für Neues offen. In einer der vorherigen Runde habe es ein Tandem mit einer Mentee und zwei Mentoren gegeben, so gebe es in dieser Runde ein Tandem mit einer Mentorin und zwei Mentees. Abgewartet werden müsse, wie sich diese Konstellation bewähre.

Neu sei auch die Größe der Mentee-Gruppe. Bisher seien es maximal 22 Mentees pro Gruppe gewesen, in der 10. Runde ausnahmsweise nur 17, in der neuen Runde 24. Dies liege auch daran, dass nunmehr der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz zwei Mentees entsandt habe. Das große Interesse an dem Mentoring-Programm werde begrüßt.

Am 11. Februar 2020 hätten sich alle Mentees der 11. Runde bei einem sogenannten Speeddating kennengelernt und seien in einer aufgelockerten Atmosphäre ins Gespräch gekommen. Ein solches Speeddating werde in der nächsten Woche für die Mentorinnen und Mentoren angeboten.

Bei der Abschluss- und Auftaktveranstaltung des Mentoring-Programmes „Mehr Frauen an die Spitze“ am 23. März 2020 im Haus am Dom würden die Teilnehmerinnen der 10. Runde sowie deren Mentorinnen und Mentoren verabschiedet und die Teilnehmerinnen der 11. Runde begrüßt.

Positiv hervorzuheben sei, dass Heike Langguth als Gastrednerin zu dem Thema „Mein Weg in eine Führungsposition“ begrüßt werden könne. Sie sei Leiterin des Bildungszentrums der thüringischen Polizei in Meiningen und sei erste Behördenleiterin der Thüringer Bereitschaftspolizei.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler möchte mit Blick auf die Tatsache, dass das Programm auch für die nachgeordneten Behörden gelte, wissen, aus welchen Bereichen sich Frauen aktiv beteiligt hätten. Im Bereich des Landesbetriebes Mobilität bestehe noch Entwicklungspotential.

Weiterhin bestehe Interesse zu erfahren, in wie weit die Möglichkeit bestehe, die kommunalen Verwaltungen zu ermuntern, vergleichbare Angebote vorzusehen.

**31. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung am 13.02.2020
– Öffentliche Sitzung –**

Dr. Heike Jung nennt beispielhaft die Polizei, die sich seit einiger Zeit an diesem Programm beteilige und bereits Mentees entsandt habe. Aber auch das LSJV (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung) habe Mentees entsandt.

Bestätigt werde der bei den kommunalen Behörden gesehene Bedarf, wozu beispielsweise Gespräche mit dem Städte- und Gemeindebund geführt würden, um dieses Thema voranzubringen.

Staatsministerin Anne Spiegel sagt auf Bitte von **Abg. Jutta Blatzheim-Roegler** zu, ergänzende Informationen über Bewerberinnen zum Mentoring-Programm aus dem Bereich nachgeordneter Behörden zur Verfügung zu stellen.

Stellv. Vors. Abg. Ellen Demuth möchte mit Blick auf die bereits durchgeführte Evaluation wissen, welche Rückmeldungen es gebe, welche Ansprüche bestünden und welche Voraussetzungen das Programm erfüllen müsse.

Dr. Heike Jung erläutert, aus der durchgeführten großen Evaluation habe sie einige Angaben insbesondere bezüglich der Frauen, bei denen sich eine Veränderung ergeben habe, genannt. Darüber hinaus werde nach jeder Runde eine Rückmeldung unter Zuhilfenahme eines Befragungsbogens von den Mentees und den Mentoren erbeten.

Zusätzlich zu den Tandems stünden weitere Module, beispielsweise im Bereich Rhetorik, zur Verfügung. Ehemalige Mentees und Mentoren hielten zum Teil Vorträge zu verschiedenen Themen, etwa Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das wissenschaftliche Zentrum überprüfe die Informationen und arbeite sie ggf. in die nächste Programmrunde ein. Das bestreffe unterschiedliche Bereiche. Bei Bedarf bestehe die Möglichkeit, weitere Informationen über die verschiedenen Angebote zusammenzustellen.

Staatsministerin Anne Spiegel ergänzt, Ziel sei es, im Rahmen eines Jahres eine möglichst breite Facette verschiedener Workshops anzubieten. Als weitere Beispiele nenne sie das Angebot eines Argumentationstrainings, um sich besser durchsetzen zu können, oder ein Angebot zum strategischen Selbstmarketing. Nach Durchführung dieser Angebote würden die Mentees um ein Feedback gebeten, was sich ggf. auf die neuen Angebote auswirke.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Stellv. Vors. Abg. Ellen Demuth weist darauf hin, der Bericht über die Informationsfahrt nach Griechenland und die weitere Behandlung im Ausschuss sowie der Sachstand bezüglich der Medikamentensammlung bzw. deren Versand nach Griechenland seien für diesen Tagesordnungspunkt genannt worden.

Amtsrat Thorsten Cramer erläutert, der Bericht über die Informationsfahrt werde von der Delegationsleitung, Vizepräsidentin Astrid Schmitt in Abstimmung mit Dr. Matthias Mayer, erstellt. Sobald dieser vorliege, erfolge die Verteilung als Vorlage und das Hinzufügen auf die Tagesordnung des Ausschusses. Damit bestehe die Möglichkeit, dies im Einzelnen zu erörtern.

Die Ausschussvorsitzende, die nicht an der Ausschussfahrt teilgenommen habe, habe sich über die Lieferung der Medikamentensammlung nach Griechenland informiert. Im vergangenen Jahr hätten in der Poststelle fünf oder sechs größere Pakete zum Versand gelegen, bei denen zunächst weitere Informationen gefehlt hätten. Diese seien im Dezember dann verschickt worden, sodass man davon ausgehen könne, diese hätten ihr Ziel erreicht.

Abg. Helga Lerch fügt hinzu, insgesamt habe sie etwa 20 Pakete bei der Poststelle zum Versand abgegeben. Zunächst sei aufgrund fehlender Kommunikation mit der Botschaft nicht ganz sicher gewesen, ob die Pakete ankommen würden. Daher sei erst ein Paket probeweise verschickt worden. Eine Kontaktperson aus der Sozialklinik, eine Deutsche, die mit einem Griechen verheiratet sei und dort schon längere Zeit ehrenamtlich arbeite, habe sofort informiert, als das Paket angekommen sei. Daraufhin habe man die restlichen 19 Pakete auf den Weg gebracht.

Derzeit lägen bei ihr Zuhause weitere fünf Pakete und einige stünden noch aus, die versandt werden müssten. Die Medikamentenabgabe sei rückläufig, sodass dass sie davon ausgehe, dies im März abgeschlossen zu haben. Eine Rückmeldung von der Sozialklinik erfolge noch in schriftlicher Form als Dank an den Ausschuss.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler hebt hervor, Abgeordnete Helga Lerch habe sich intensiv für diese Angelegenheit eingesetzt. Zu begrüßen sei, dass der Präsident des Landtags die Übernahme der Versandkosten der Pakete zugesagt habe.

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt **stellv. Vors. Abg. Ellen Demuth** die Sitzung.

gez. Belz
Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Kazungu-Haß, Girogina	SPD
Rauschkolb, Jaqueline	SPD
Rehak-Nitsche, Dr. Katrin	SPD
Stein, Markus	SPD
Demuth, Ellen	CDU
Groß, Jennifer	CDU
Groß, Dr. Sylvia	AfD
Lerch, Helga	FDP
Blatzheim-Roegler, Jutta	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Spiegel, Anne	Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
---------------	---

Landtagsverwaltung:

Cramer, Thorsten	Amtsrat
Belz, Angela	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)